

Kürzungen stoppen, Sozialkunde stärken – Für das Kernfach politischer Bildung an Thüringer Schulen

Zusammenfassung

Gemäß dem Thüringer Schulgesetz zielt die Schule darauf, den Schülerinnen und Schülern Wissen, Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, um sie zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zur Mitgestaltung der demokratischen Grundordnung zu befähigen. Schule als gesamte Institution richtet sich auf dieses Ziel, geht dabei aber arbeitsteilig vor, indem die Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Unterrichtsfächern lernen. Sozialkunde ist das Kernfach der politischen Bildung in Thüringen und setzt sich wie kein anderes Fach für die im Schulgesetz formulierte Befähigung zu mündiger gesellschaftlicher Mitverantwortung und Mitgestaltung sowie Offenheit gegenüber Europa ein. Politisches Wissen sowie politische Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz stehen im Zentrum und können weder durch sinnvolle, aber anders ausgerichtete, Maßnahmen der Demokratiepädagogik noch andere Fächer kompensiert werden.

Die politische Bildung im Fach Sozialkunde trifft auf spannungsgeladene gesellschaftliche und politische Verhältnisse. Diese Entwicklungen führen zu gesellschaftlicher Polarisierung und einem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen. Ein Drittel der Befragten gibt in einer Studie einer Expertenregierung den Vorzug vor einer repräsentativen oder direkten Demokratie. In Ostdeutschland spricht sich nur ein Siebtel für die repräsentative Demokratie aus. Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger ist zwar vorrangig ein Auftrag an die Politik selbst, aber auch die politische Bildung im Fachunterricht spielt eine wichtige Rolle.

Diese Situation verbietet jegliche Kürzung oder Fragmentierung des Sozialkundeunterrichts, weil der Lernerfolg in kleineren Fächern linear mit der Unterrichtszeit zusammenhängt. Die Pläne der Landesregierung sehen aber genau dies vor: An Regelschulen und Gymnasien setzt Sozialkunde nicht nur spät ein (Jahrgang 8 bzw. 9), sie wird auch nicht mehr obligatorisch bis zum Jahrgang 10 weitergeführt, was zu Lücken bei der Aufnahme eines Lehrberufes führen kann (wo politische Bildung obligatorisch ist). Während am Gymnasium die anderen Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes entweder gar nicht (Re/Eth, Ge) oder um ca. 14 Prozent (Geo) und 33 Prozent (WR) gekürzt werden, wird Sozialkunde ausgehend von einem ohnehin geringen Niveau (zwei Stunden in der Schullaufbahn) halbiert. Von den momentan ca. 50 000 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Thüringen, die Verantwortungsträgerinnen und Entscheider von morgen, werden möglicherweise bis zu 25 000 Schülerinnen und Schüler von einer hinreichenden politischen Grundbildung ausgeschlossen. Es ist inhaltlich durch nichts zu rechtfertigen, dass den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten politische Bildung vorenthalten wird, während die Regelschülerinnen und Regelschüler obligatorisch vier Mal mehr politische Bildung belegen.

Die Kürzungen werden durch das Ministerium mit einer Betonung politischer Bildung als Schulprinzip und fächerübergreifendes Prinzip begründet. Die Verbindung der Kürzungspläne mit dem Label „Stärkung der politischen Bildung“ ist jedoch falsch und irreführend:

- Dieser Ansatz ignoriert wissenschaftliche Erkenntnisse und setzt politische Bildung als fachgegenständliches Lernen mit Demokratiepädagogik als schulisches Erfahrungslernen gleich. Eine begrüßenswerte Stärkung der Demokratiepädagogik führt jedoch nicht zu fachgegenständlichem Lernerfolg.

- Andere Fächer liefern durchaus wichtige Beiträge zur politischen Bildung, ohne jedoch selbst politische Bildung zu sein. Die Kompetenzziele fachlicher politischer Bildung (siehe oben) werden maßgeblich im Fachunterricht politischer Bildung vermittelt.
- Politische Bildung ohne Profession geht nicht. Die Fachperspektive politischer Bildung kann nicht von fachfremden Lehrkräften ohne Weiteres mitübernommen werden. Hierzu wäre eine Qualifizierung notwendig, die eine gesellschaftswissenschaftliche und politikdidaktische Perspektivierung der eigenen Fachinhalte ermöglichte. Diese ist nicht in Sicht.
- Das Ministerium misst mit zweierlei Maß. Das Fach „Medienkunde und Informatik“ wird mit dem Argument eingeführt, dass die Querschnittsidee nicht ausreiche. Für politische Bildung soll dies nicht gelten.

Bereits jetzt nimmt Thüringen am Gymnasium hinsichtlich der Stundenversorgung im Vergleich der Bundesländer den vorletzten Platz ein. Werden die Pläne umgesetzt, ist die Überschreitung eines Kippunktes in Richtung Bedeutungslosigkeit politischer Bildung die Konsequenz.

- Mit nur einer Stunde in der Schullaufbahn wird eine politische Grundbildung verunmöglicht. Soziologische Themen, momentan zumindest rudimentär Bestandteil des Lehrplans, müssten voraussichtlich gänzlich gestrichen werden und würden damit aus den Schulcurricula der Thüringer Gymnasien verschwinden.
- Politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe wird geschwächt, weil bei der Wahl der Fächer immer weniger Chancengleichheit besteht. Nach nur einem Schuljahr Sozialkunde ist eine Wahl des Faches für den Jahrgang 10 (als Voraussetzung für die Belegung in der Oberstufe) unwahrscheinlich. Die anderen Fächer des Lernbereichs haben mehr Zeit, in die Fachlogik einzuführen. Sozialkunde hat diesbezüglich die schlechtesten Ausgangsbedingungen. Damit wird die begrüßenswerte Stundenaufstockung der Kurse in der Oberstufe konterkariert.
- Der für politische Bildung notwendige Beziehungsaufbau zwischen Lernenden und Lehrkräften wird erheblich erschwert. Weil die Schülerinnen und Schüler in der politischen Bildung ermutigt werden, ihre Weltansichten und Identitäten in einen Diskurs einzubringen, ist ein vertrauensvolles und intaktes Arbeitsbündnis zwischen den Lehrkräften und den Lernenden unerlässlich, mit einer Stunde Begegnungszeit in der Woche aber nicht zu realisieren.
- Es findet keine obligatorische politische Bildung in der formativen Phase politischer Identitätsbildung und erster politischer Verantwortungsübernahme durch das aktive Wahlrecht statt (Jg. 10, Alter: 15-16). Die Schüler haben – gerade auch weil in nur einer Stunde in Jahrgang 9 ein stark wissensvermittelnder Unterricht zu erwarten ist, der keine Zeit für Diskussion lässt – keinen gesicherten Raum, politische Anschauungen zu diskutieren, sollen aber mit 16 Jahren auf kommunaler und Europaebene wählen.
- Die Kürzungen erschweren die Arbeit von Sozialkundelehrkräften sowie Studienreferendarinnen und -referendaren. Kleinstfächer implizieren mehr Lernende pro Lehrkraft und damit mehr Individuen, auf die man sich einstellen muss, mehr Konflikte, die geregelt werden müssen, mehr Noten, die erteilt werden müssen etc. Die Konstituierung von Fachgruppen und der professionelle Austausch werden erheblich erschwert.
- Die Stundenzuweisung sendet ein unmissverständliches Signal an die Schüler- und Elternschaft: Sozialkunde hat den geringsten Wert aller Unterrichtsfächer. Dies ist ein Bärendienst an der politischen Bildung.

Die DVPB erneuert ihre Forderung einer auskömmlichen Ausstattung mit 2 Stunden Sozialkunde ab der 5. Klasse in allen Schulformen.

Rolle und Bildungsauftrag des Faches Sozialkunde

Im Paragraph 2 des Thüringer Schulgesetzes ist der Bildungs- und Erziehungsauftrag für die Thüringer Schulen formuliert: Die Schule

„fördert die Offenheit gegenüber Europa und weckt das Verantwortungsgefühl für alle Menschen in der Welt. Wesentliche Ziele der Schule sind die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Vorbereitung auf das Berufsleben, die Befähigung zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zur Mitgestaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie zum bewussten, selbst bestimmten und kritischen Umgang mit Medien, die Erziehung zur Aufgeschlossenheit für Kultur und Wissenschaft sowie die Achtung vor den religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer. Die Schüler lernen, ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Akzeptanz sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter und der verschiedenen Lebensweisen zu gestalten.“

Die **freiheitlich-demokratische Grundordnung** umfasst Grundsätze wie die Achtung vor Menschenrechten, vor allem vor dem Recht auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Dies sind Prinzipien, die von der kommunalen bis zur Bundesebene Geltung beanspruchen, gleichzeitig aber in ein internationales politisches System eingebettet sind, das nicht durchgängig durch diese Prinzipien geprägt ist.

Die Schule zielt als gesamte Institution auf die Erreichung der im Schulgesetz festgehaltenen Ziele, geht dabei aber im Kern arbeitsteilig vor, indem die Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Unterrichtsfächern lernen. **Unterrichtsfächer sind konstitutiver und bewährter Bestandteil der Schule.** Die Bedeutung domänenspezifischen Lernens ist nicht zuletzt durch die PISA-Studien immer wieder herausgestellt worden. Das Fach **Sozialkunde ist das Kernfach der politischen Bildung in Thüringen.** Es ist zentraler Bestandteil der Allgemeinbildung und setzt sich wie kein anderes Fach für „die Befähigung zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zur Mitgestaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ sowie für „die Offenheit gegenüber Europa“ ein. **Im Mittelpunkt stehen die Vermittlung gesellschaftlichen und politischen Wissens von der kommunalen bis zur internationalen Ebene sowie die Entwicklung politischer Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenz. Konstitutives Merkmal des Sozialkundeunterrichts ist dabei die Befassung mit gesellschaftlichen Transformationen und Herausforderungen, den daraus erwachsenden gesellschaftlichen Konflikten als konstitutives Merkmal liberaler demokratischer Systeme sowie mit dem Sinn von (demokratischen) Institutionen, die diese Konflikte regulieren.** Dies ist gerade deswegen herausfordernd, weil Kurzschlüsse zwischen der privaten und öffentlichen Sphäre häufig zu einer Konfliktablehnung im politischen Bereich führen (beispielsweise nachgewiesen durch den vielfach festgestellten Vertrauensvorsprung der politikfernen, weil konfliktfernen, Institutionen). **Sozialkunde**

ermöglicht den Schülerinnen und Schülern darüber hinaus die Bildung eigenständiger, gut begründeter politischer Urteile und Handlungsperspektiven und orientiert sich am Leitbild der politischen Mündigkeit.

Aktuelle Herausforderungen politischer Bildung

Im Hinblick auf diese Aufgabenbeschreibung trifft die politische Bildung im Kernfach Sozialkunde auf eine angespannte gesellschaftliche und politische Situation. **Gesellschaft und Politik stehen vor großen Herausforderungen.** Beispiele sind der Klimawandel, die ökologische Transformation der Gesellschaft und die sich hieraus ergebenden Konflikte; die Zunahme von gesellschaftlicher Vielfalt durch Migration oder ein sichtbarer Auftreten marginalisierter Gruppen sowie die daraus resultierenden Spannungen; der Wandel der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Weltordnung im Zuge des Aufstiegs Chinas sowie der BRICS-Staaten, dem damit verknüpften Bedeutungsrückgang der westlichen Welt und den sich daraus ergebenden Konfrontationen und – nicht zuletzt – die Rückkehr konventioneller Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen auf den europäischen Kontinent inklusive eines nuklearen Eskalationspotenzials.

Im Zuge dieser **Modernisierungs- und Identitätskrisen** geraten auch die etablierten demokratischen Institutionen unter Druck. Es lässt sich ein Mechanismus beobachten, wonach sich die mit diesen Krisen und Konflikten verbundene Polarisierung der Gesellschaft negativ auf das Vertrauen in die demokratischen Institutionen auswirkt. **Die Funktionsprinzipien und Institutionen unserer Demokratie werden nicht mehr als Rahmen wahrgenommen, der ein ausgleichendes Vorgehen bei anstehenden Problemlösungen und gute Ergebnisse garantiert, sondern eher als Verhinderer von Problemlösungen betrachtet.** In einer aktuellen Studie gibt ein Drittel der Befragten einer Expertenregierung den Vorzug vor einer repräsentativen oder direkten Demokratie. Dieser Wert ist in der Gruppe mit einem hohen formalen Bildungsabschluss, also denjenigen, die durch die Kürzungspläne der Landesregierung besonders betroffen sein werden, kaum niedriger (vgl. Best u.a. 2023, S. 22-24). „Ein besorgniserregender Befund ergibt sich für Ostdeutschland, wo sich nicht einmal ein Siebtel der Befragten – gerade halb so viele wie im Westen – für die repräsentative Demokratie ausspricht“ (ebd., S. 21). Eine Mehrheit aller Befragten misstraut der Bundesregierung, dem Bundestag und der Europäischen Kommission. Für Thüringen finden sich ähnliche Zahlen (Reiser u.a. 2023, S. 68). Die Demokratieunterstützung der Thüringer/innen (Demokratie als Idee) ist zwar mit 84 Prozent noch sehr hoch, weist aber den stärksten Rückgang seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2000 auf (vgl. ebd., S. 60). Außerdem zeigen die Ergebnisse, dass die abstrakte Zustimmung zur Demokratie mit durchaus problematischen, weil den Konflikt ablehnenden, Vorstellungen einhergehen kann. Dazu gehören die bereits erwähnte Befürwortung einer Expertenregierung, die über den Konflikten steht, aber auch die Zustimmungen zu alternativen politischen Institutionen und Organisationsformen, die eher auf Interessenunterdrückung und einen homogenen Volkswillen gerichtet sind. Letzteres zeigt folgende Tabelle, die Ergebnisse einer Befragung unter Ostdeutschen von 2023 abbildet (siehe Tab. 1) (Decker u.a. 2023, S. 6).

Tab. 1: Zustimmung zu konfliktablehnenden und autoritären Aussagen in Ostdeutschland

Aussage	teilweise oder vollständige Zustimmung der Befragten in Prozent
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	33,1
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	51,2
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	30,7

Diese nur knappen Anmerkungen machen deutlich:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ (Böckenförde 2007, zuerst 1967, S. 71).

Die mangelnde Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger ist zunächst ein Auftrag an die Politik selbst. Allerdings zeigen sich auch Fehlverständnisse bezüglich der Funktionsweise von Demokratie. Hierüber zu sprechen ist eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung, die mit der aktuellen Stundenausstattung aber nicht zu bewältigen ist.

Zur momentanen Lage von Sozialkunde als Kernfach politischer Bildung an ausgewählten Thüringer Schulformen

Solange Schule im Kern durch Fächer strukturiert ist, ist die Anzahl der Wochenstunden ein herausragender Indikator für die Bedeutung eines Faches und darüber hinaus das zentrale Steuerungsinstrument der Bildungspolitik für dessen Auf- und Abwertung. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Versorgung mit nominaler Unterrichtszeit eine robuste Determinante der kognitiven Schülerleistungen ist und zunächst in einem unmittelbar linearen Verhältnis zum Lernerfolg steht, bevor erst bei hoher nominaler Unterrichtszeit der Effekt nachlässt (vgl. Helmke 2015, S. 79, Mandel/Süssmuth 2011). Da Sozialkunde in Thüringen ein weitgehend marginalisiertes Fach mit geringen Stundenanteilen ist (siehe Tab. 2, 3 und 5 sowie 6, 7 und 9), ist strukturell bedingt momentan von einem geringen Lernzuwachs der Schülerinnen und Schüler in Sachen politischer und demokratischer Bildung auszugehen. Von einer Erhöhung der nominalen Unterrichtszeit wäre entsprechend ein signifikanter, linearer Lernzuwachs zu erwarten; von einer Stundenreduzierung dagegen ein linearer Abfall in der Lernleistung.¹

Regelschulen (Sek I)

Tab. 2: Prozentualer Anteil des Kernfachs politischer Bildung an der gesamten Stundentafel an nicht-gymnasialen Schulformen im Vergleich ausgewählter Bundesländer (Sek I)

	2017	2018	2019	2020	2021
Platz 1 von 16 (1/16)²	3,5	3,5	3,5	3,7	3,7
Median	2,4	2,4	2,6	2,6	2,6
Thüringen	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5

¹ Alle folgenden Tabellen sind aus den Daten der Studien von Gökbudak 2018 ff. zusammengestellt.

² Gemeint ist der Platz im Ranking der Bundesländer in der politischen Bildung; Gökbudak 2018 ff.

Tab. 3: Pflicht-Wochenstunden an Regelschulen ausgewählter Bundesländer im Vergleich (Sek I) im Jahr 2021

	Anzahl Jahrgänge mit Kernfach	Jahrgänge in der Sek I	Wochenstunden gesamt
Platz 1/16	6	Jg. 5-10	5
Erster über Median	3	Jg. 8-10	4
Thüringen (Platz 15/16)	3	Jg. 8-10	3

Das Kernfach politischer Bildung ist in den Bundesländern in der Regel in einen Lernbereich eingeordnet. Folgende Darstellungen zeigen den jeweiligen Lernbereich in ausgewählten Bundesländern mit den dazugehörigen Fächern (Tab. 4) sowie die Verteilung von Stunden im entsprechenden Lernbereich in Thüringen (Tab. 5).

Tab 4: Das Kernfach an Regelschulen in seinem Lernbereich in ausgewählten Bundesländern (Sek I) im Jahr 2021

	Lernbereich	Fächer des Lernbereichs (Anzahl)	Kernfach politische Bildung
Platz 1/16	Gesellschaftslehre	Geschichte, Erdkunde, Politik (3)	Politik
Erster über Median	Gesellschaftswissenschaftliche Fächergruppe	Geografie, Geschichte, Sozialkunde (3)	Sozialkunde
Thüringen (Platz 15/16)	Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich	Geografie, Geschichte, Sozialkunde, Religionslehre/Ethik (4)	Sozialkunde

Tab. 5: Das Kernfach an Regelschulen in Thüringen im Vergleich mit den anderen Fächern seines Lernbereichs (Sek I, 2021)

	Jahrgänge	Wochenstunden gesamt
Religionslehre/Ethik	Jg. 5-10	12
Geschichte	Jg. 5-10	6
Geografie	Jg. 5-10	6
Sozialkunde	Jg. 9-10	3

Gymnasien (Sek I)

Noch schlechter als an der Regelschule ist die Lage der politischen Bildung an Thüringer Gymnasien.

Tab. 6: *Prozentualer Anteil des Kernfachs politischer Bildung an der gesamten Studentafel am Gymnasium im Vergleich (Sek I)*

	2017	2018	2019	2020	2021
Platz 1/16	4,38	4,4	4,4	4,4	4,4
Median	2,14	2,1	2,6	2,6	2,6
Thüringen (immer Platz 15/16)	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0

Tab. 7: *Pflicht-Wochenstunden am Gymnasium ausgewählter Bundesländer im Vergleich (Sek I) im Jahr 2021*

	Anzahl Jahrgänge mit Kernfach	Jahrgänge in der Sek I	Wochenstunden gesamt
Platz 1/16	6	Jg. 5-10	8
Erster über Median	5	Jg. 5-9 (= Laufzeit der Sek I)	7
Thüringen (15/16)	2	Jg. 9-10	2

Das Kernfach politischer Bildung ist auch am Gymnasium in der Regel in einen Lernbereich eingeordnet. Folgende Darstellungen zeigen den jeweiligen Lernbereich in ausgewählten Bundesländern mit den dazugehörigen Fächern (Tab. 8) sowie die Verteilung von Stunden im entsprechenden Lernbereich in Thüringen (Tab. 9).

Tab 8: *Das Kernfach am Gymnasium in seinem Lernbereich in ausgewählten Bundesländern (Sek I) im Jahr 2021*

	Lernbereich	Fächer des Lernbereichs (Anzahl)	Kernfach politische Bildung
Platz 1/16	Gesellschaftslehre	Geschichte, Erdkunde, Wirtschaft-Politik (3)	Wirtschaft-Politik
Erster über Median	-	-	Politik und Wirtschaft
Thüringen (15/16)	Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich	Geografie, Geschichte, Sozialkunde, Wirtschaft und Recht, Religionslehre/Ethik (6)	Sozialkunde

Tab. 9: *Das Kernfach in Thüringen im Vergleich mit den anderen Fächern seines Lernbereichs (Sek I, 2021)*

	Jahrgänge	Wochenstunden gesamt
Religionslehre/Ethik	Jg. 5-10	12
Geschichte	Jg. 5-10	8

Geografie	Jg. 5-10	7
Wirtschaft/Recht	Jg. 9-10	3
Sozialkunde	Jg. 9-10	2

Gymnasiale Oberstufe

Noch schlechter ist die Lage in der gymnasialen Oberstufe. Hierfür liegen Daten für 2021 vor:

Tab. 10: *Obligatorische Wochenstunden des Kernfachs in der gymnasialen Oberstufe an ausgewählten Beispielen 2021*

Bundesland	obligatorische Wochenstunden gesamt	Anteil an der Stundentafel	Angebot in Jahrgängen
Sachsen	6	6,1 %	11 und 12
Bayern	3	3 %	11 und 12
Thüringen	0	0 %	- ³

Tab. 11: *Das Kernfach am Gymnasium in seinem Lernbereich in ausgewählten Bundesländern (Sek II) im Jahr 2021*

	Lernbereich	Fächer des Lernbereichs (Anzahl)	Kernfach politische Bildung
Sachsen-Anhalt	Gesellschaftswissenschaftliches Aufgabenfeld	Sozialkunde, Geschichte, Geografie, Philosophie, Psychologie, Rechtskunde, Wirtschaftslehre, Religionsunterricht, Ethikunterricht (9)	Sozialkunde
Thüringen	Gesellschaftswissenschaftliches Aufgabenfeld	Geschichte, Geografie, Wirtschaft und Recht, Sozialkunde, Religionslehre, Ethik (5)	Sozialkunde
Bayern	Gesellschaftswissenschaftliches Aufgabenfeld	Geschichte, Geografie, Wirtschaft und Recht, Religionslehre, Ethik (5)	Politik und Gesellschaft
Sachsen	Gesellschaftswissenschaftliches Aufgabenfeld	Geschichte, Geografie Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung/ Wirtschaft (3)	Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung/ Wirtschaft

Fazit zur aktuellen Lage der politischen Bildung an Thüringer Schulen

Die Darstellung zeigt die **mehrfache Marginalisierung politischer Bildung** in der Thüringer Stundentafel für die Sekundarstufen I und II:

- Erstens nimmt Thüringen hinsichtlich der Stundenversorgung im **Vergleich der Bundesländer** in der Sekundarstufe I von Regelschule und Gymnasium den **vorletzten Platz** ein, in der

³ Die Angaben dieser Zeile beruhen auf korrigierten Daten der Studie von Gökbudak u.a. 2022.

Sekundarstufe II am Gymnasium findet überhaupt keine obligatorische politische Bildung statt. Die Versorgung mit politischer Bildung ist insgesamt **weit unterdurchschnittlich**.

- Zweitens nimmt Sozialkunde **innerhalb Thüringens im Vergleich mit den Fächern des Lernbereichs ebenfalls einen weit unterdurchschnittlichen Platz** ein. Geschichte und Religionslehre/Ethik verfügen an der Regelschule über doppelt bzw. viermal, an der Sekundarstufe I des Gymnasiums über vier- bzw. sechsmal so viel nominale Lernzeit als Sozialkunde. Diese Ungleichbehandlung ist durch nichts inhaltlich zu rechtfertigen. Im Rahmen der Thüringer Stundentafel der Regelschule sind für Sozialkunde 1,5 Prozent, an der Sekundarstufe I des Gymnasiums gar nur 1,0 Prozent der gesamten nominalen Lernzeit reserviert.
- Drittens wird Sozialkunde an der Regelschule wie auch am Gymnasium obligatorisch **mit einer Wochenstunde** unterrichtet und ist damit **besonders anfällig für längerwährenden Ausfall** durch Krankheit oder Schulveranstaltungen. Der prozentuale Anteil der ausfallenden Stunden ist in Einstundenfächern besonders hoch. Ist ein Schüler krank und die darauffolgende Woche auf Exkursion, hat er über 14 Tage keine politische Bildung. Die Situation als Einstundenfach geht mit einer erheblichen Prekarisierung des Faches einher.
- Viertens **setzt Sozialkundeunterricht in Thüringen sehr spät ein**, an der Regelschule ab der 8., am Gymnasium ab der 9. Klasse. Der Spitzenreiter im Bundesländervergleich beginnt mit politischer Bildung als Fachunterricht bereits ab der 5. Klasse.

Auffällig ist, dass es einen Zusammenhang zu geben scheint zwischen der Anzahl der Fächer im Lernbereich und der Ausstattung des Kernfachs politischer Bildung. Je mehr Fächer im Lernbereich untergebracht werden, dem auch das Kernfach politischer Bildung angehört, desto eher wird an der Stundenausstattung des Kernfachs gespart. **In Thüringen ist Sozialkunde bereits ohne weitere Kürzungen der klare Verlierer im Wettbewerb mit den anderen Fächern des Lernbereichs (Ethik/Religion, Geschichte, Geografie, Wirtschaft/Recht, Sozialkunde).**

Die geplante Änderung der Stundentafel und das Fach Sozialkunde

Planungen – 50 Prozent Kürzung am Gymnasium

Nach den Plänen des Bildungsministeriums soll die obligatorische nominale Unterrichtszeit in der **Regelschule** um insgesamt eine Stunde erhöht werden. Diese Erhöhung ist begrüßenswert. Insbesondere die Möglichkeit eines zweistündigen Faches in der 8. und 9. Klasse ist ein kleiner Fortschritt. Gleichzeitig soll Sozialkunde in der 10. Klasse nicht obligatorisch unterrichtet werden, was als äußerst problematisch angesehen werden muss. Der positive Trend wird hierdurch wieder zunichte gemacht, da politische Bildung für viele Schülerinnen und Schüler somit viel zu früh endet (zur fachlichen Begründung unten mehr).

Für das **Gymnasium** sehen die Pläne der Landesregierung vor, Sozialkunde in der Sekundarstufe I um **50 Prozent** zu kürzen. Obligatorisch soll nur noch eine Stunde im Jahrgang 9 sein. **Weniger obligatorische Unterrichtszeit kann man einem Fach praktisch nicht zuweisen; weniger obligatorische Unterrichtszeit hieße: keine politische Bildung.** Danach sollen die Schülerinnen und Schüler aus den Fächern Wirtschaft-Recht, Geografie und Sozialkunde zwei Fächer wählen, die dann mit jeweils 1,5 Stunden im Jahrgang 10 unterrichtet werden. Die Wahl nach der neunten Klasse legt die Wahlmöglichkeiten der Kurse in der Oberstufe fest; wer nach

der 9. Klasse Sozialkunde nicht wählt, kann es auch in der Oberstufe nicht belegen. Grund- und Leistungskurse der Oberstufe sollen fortan mit 3 bzw. 5 Wochenstunden unterrichtet werden.

Während die in unmittelbarer zeitlicher Konkurrenz stehenden Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes des Gymnasiums hinsichtlich obligatorischer Unterrichtszeit entweder gar nicht (Re/Eth, Ge) oder um ca. 14 Prozent (Geo) bzw. 33 Prozent (WR) gekürzt werden, wird Sozialkunde ausgehend von einem ohnehin nicht auskömmlichen Niveau halbiert.

Auswirkungen der Pläne auf die Beschulung

Eine erste Auswirkung der Reformen besteht darin, **dass weder an den nichtgymnasialen Schulformen noch am Gymnasium die Schülerinnen und Schüler obligatorisch im Jahrgang 10 in Sozialkunde unterrichtet werden**, weil nach der 9. Klasse in beiden Schulformen Sozialkunde abgewählt werden kann.

Hinsichtlich des Wahlverhaltens ist vor allem am **Gymnasium** eine Benachteiligung von Sozialkunde zu erwarten. Die unmittelbar konkurrierenden Fächer sind hier deutlich im Vorteil, weil sie entweder früher einsetzen und/oder mit mehr Wochenstunden unterrichtet werden. Die Schülerinnen und Schüler haben dort mehr Zeit, sich an die Fachlogik zu gewöhnen, was das Wahlverhalten beeinflussen wird. Wahrscheinlich ist, dass ein Großteil Wirtschaft-Recht und Geografie wählt. Es steht zu befürchten, **dass von den ca. 50 000 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Thüringen, den Verantwortungsträgern und Entscheidern von morgen, bis zu 25 000 Sozialkunde nach der 9. Klasse abwählen**. Diese hätten dann **in der gesamten Schullaufbahn nicht viel mehr als 30 Unterrichtsstunden im Kernfach politischer Bildung** (bei Einrechnung üblicher Ausfallstunden). **Das entspricht in etwa einem ausgedehnten Wochenendseminar.**

Diese Dynamik hat auch gravierende Auswirkungen auf die Wahl der Oberstufenkurse. **Die Schülerinnen und Schüler sollen nach einem Schuljahr faktisch nicht nur wählen, ob sie Sozialkunde in der 10. Klasse, sondern damit auch in der Oberstufe weiterführen wollen**. Die zu erwartende Abwahl nach der 9. Klasse **wird die politische Bildung in der Oberstufe nachhaltig schwächen**. Die begrüßenswerte Aufstockung der Grund- und Leistungskurse wird auf diese Weise unterlaufen, weil in der politischen Bildung davon voraussichtlich nur wenige Gymnasiastinnen und Gymnasiasten profitieren werden.

Auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit politischer Bildung an Thüringer Schulen

Das Label „Stärkung der politischen Bildung“ durch das Ministerium ist falsch und irreführend

Die DVPB Thüringen wendet sich entschieden gegen das vom Ministerium vorgenommene Labeling dieser Politik als eine Stärkung der politischen Bildung. Die dafür angeführten Argumente sind widersprüchlich und wissenschaftlich nicht tragfähig. Das argumentative Vorgehen des Ministeriums beruht auf der Grundlage, dass der gesamte gesellschaftswissenschaftliche Bereich als „politische Bildung“ umgedeutet wird (so auch auf der

Informationsveranstaltung des Ministeriums im ThILMM am 28.06.2023). Damit geht eine Politik einher, die von der Idee eines Kernfachs politischer Bildung abrücken will. Nach Minister Holter „kann es nicht angehen, dass wir die Sozialkunde als das Leitfach ansehen, sondern alle Fächer sind wichtig und für mich ist sowieso die gesamte Schulbildung, die gesamte Schullaufbahn politische Bildung“ (Helmut Holter am 31. Mai 2023 im Thüringer Landtag; ähnliche Begründungen auch auf der Informationsveranstaltung des Ministeriums im ThILMM am 28.06.2023). Die DVPB Thüringen lehnt keineswegs die Verantwortung von Schule insgesamt und anderen Unterrichtsfächern für die politische Bildung ab, dies kann aber nicht auf Kosten einer Halbierung von Sozialkunde als Kernfach am Gymnasium geschehen.

Wie insgesamt bei den Plänen und Begründungen der Landesregierung für die politische Bildung keinerlei wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt werden⁴, liegt im Ministerium offensichtlich eine Diffusion der Konzepte von Demokratiepädagogik einerseits und politischer Bildung andererseits vor. Unter **Demokratiepädagogik** versteht man die Gesamtverantwortung von Schule und Unterricht für Demokratielernen. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der demokratischen Erfahrungsqualität von Schule insgesamt und der anerkennungssensiblen Kommunikation und Interaktion bei der Unterrichtsgestaltung aller Fächer. Demokratie soll im sozialen Nahraum als Interaktionsgeschehen erfahren werden (z.B. Schülermitwirkung, Projektlernen, anerkennungsorientierte Interaktion). Die Stärke dieses Konzepts liegt in der demokratieadäquaten Einstellungsbildung als Grundlage demokratischer Gemeinwesen. **Politische Bildung** legt den Schwerpunkt dagegen auf die Auseinandersetzung mit allgemeinen Gesellschaftsdiagnosen, politischen Konflikten und demokratischen Institutionen von der kommunalen bis zur internationalen Ebene, die diese Konflikte regeln – also genau die Phänomene, die nach den eingangs zitierten Studien zunehmend abgelehnt werden. In diesem Bereich steht anders als in der Demokratiepädagogik nicht die Solidarität mit Bekannten, sondern die „Solidarität unter Fremden“ (Brunkhorst 1997) sowie auch der immer mögliche Konflikt im Mittelpunkt. Politische Bildung geht von der Einsicht aus, dass die Regelung gesellschaftlicher Konflikte unter Fremden und ein Verständnis demokratischer Institutionen eine herausfordernde Leistung darstellt, die sozialkognitive Lernprozesse erfordert. Deshalb widmet sich politische Bildung im Kern der Vermittlung politischen Grundwissens und der Übung politischer Urteils- und Handlungskompetenz. Sie legt die Grundlagen dafür, dass sich die Schülerinnen und Schüler nicht nur in ihrem sozialen Umfeld orientieren können, sondern auch Interesse und Urteilskraft im Hinblick auf das übergreifende gesellschaftliche und politische Geschehen entwickeln. **Demokratiepädagogik und politische Bildung sind nicht identisch und stehen in einem Ergänzungsverhältnis. Demokratiepädagogik kann politische Bildung nicht ersetzen (und umgekehrt).** Von solcherlei in der Politikdidaktik und Demokratiepädagogik gut herausgearbeiteten und erforschten Differenzierungen ist in den Begründungen nichts zu lesen. Politische Bildung erscheint dort als ein diffuses Konglomerat, das nicht mit einem Fach „beginnt und endet“ (Brief des Ministeriums an die DVPB vom 17. Juli 2023).

Vor diesem Hintergrund sind die Annahmen des Ministeriums, man könne die weitere Marginalisierung von Sozialkunde am Gymnasium als dem Kernfach politischer Bildung mit

⁴ So im Brief des TMBJS an die DVPB vom 17. Juli 2023 „Verankerung der politischen Bildung in den Rahmenschulcurricula“.

Maßnahmen der Demokratiepädagogik und der Inanspruchnahme anderer Fächer kompensieren oder gar stärken, fehlgeleitet.

- **Demokratische Schulkultur ist notwendig, aber für politische Bildung nicht hinreichend!** Die DVPB Thüringen unterstützt ausdrücklich die Stärkung einer demokratischen Schulkultur an Schulen, insbesondere die Etablierung stabiler, wertschätzender Anerkennungsbeziehungen zwischen Schülern und Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern untereinander, die Arbeit in Projekten und alternativen Lernformaten, die demokratische Erfahrungen ermöglichen, sowie eine Belebung der Schülermitwirkung an Thüringen Schulen. Stimmige Sozialbeziehungen unterstützen durchaus demokratische Einstellungen, aber soziales Lernen im Nahraum erzeugt nicht automatisch einen Spillover in Richtung des Verstehens demokratischer Makrosysteme und wirkt sich nicht ohne Weiteres auf bessere politische Kompetenzen aus. Eine Meta-Analyse kommt zum Fazit: „**Soziales Lernen ist nicht und bewirkt nicht politisches Lernen**“ (Reinhardt 2009, 864). Gleichzeitig zeigt eine internationale Metastudie, dass politische Bildung als Fach in Kombination mit verbindlichen Standards und Prüfungen im Sinne eines Verständnisses des demokratischen Systems wirkt (Campbell 2019). Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse werden vom Ministerium vollständig ignoriert.
- **Der Kern politischer Bildung wird von anderen Fächern des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes verfehlt!** Noch unrealistischer als die Annahme, durch intakte Sozialbeziehungen politische Bildung betreiben zu können, ist die Zuweisung politischer Bildung an andere Fächer. Die DVPB begrüßt ausdrücklich die Aufforderung des Ministers an andere Fächer, ihre politischen Bildungsgehalte zu berücksichtigen. Andere Fächer können politische Bildung aber nicht einfach übernehmen. **Niemand würde auf die Idee kommen, das Fach Deutsch bis zur Unkenntlichkeit zu kürzen, weil in allen Fächern gesprochen und geschrieben wird.** Andere Fächer liefern durchaus wichtige Grundlagen zur politischen Bildung, ohne aber selbst politische Bildung zu sein. Die biologische Erkenntnis, dass es keine Rassen gibt, wird erst zur politischen Bildung, wenn im Unterricht Rassismus als Ideologie dekonstruiert und die gesellschaftlichen Konflikte über Umgang mit Rassismus thematisiert werden. Die historische Aufklärung über den Nationalsozialismus kann mit politischer Bildung verknüpft werden, wenn die Strategien der neuen Rechten, die sich gerade nicht mehr auf den Nationalsozialismus beziehen, und die neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus diskutiert werden. Die Aufklärung über den Klimawandel im Physikunterricht kann nur ein Ausgangspunkt für Sozialkundeunterricht sein, indem dann über die sich aus dem Klimawandel ergebenden Werte- und Interessenkonflikte gesprochen wird. Dies umzusetzen, würde von den Fächern in Teilen eine Neuausrichtung ihrer Fachidentität und ihrer didaktischen Modelle erfordern, was nicht in Sicht ist. Ob dies wünschenswert wäre, ist ebenfalls strittig, würde dies mitunter doch eine Überpolitisierung der schulischen Fachdomänen nach sich ziehen können, wie sie beispielsweise vom Schulsystem der DDR betrieben wurde.
- **Das Bildungsministerium misst mit zweierlei Maß – Querschnittsideen sind nicht nur für Medienkunde und Informatik, sondern auch für politische Bildung unrealistisch:** Es ist von den Fachlehrkräften anderer Fächer nicht zu erwarten, dass sie in ihren Fächern

politische Bildung betreiben. Vielmehr ist davon auszugehen, dass diese vom jeweiligen Kernanliegen ihres Faches begeistert sind und die Schülerschaft für dieses Kernanliegen begeistern wollen.

Die Bedeutung dieser Tatsache, hat sich überdeutlich auch am Kursplan Medienkunde gezeigt, durch den Medienkunde als Querschnittsaufgabe in allen Fächern etabliert werden sollte. In der Evaluation zeigte sich, dass „die zentrale Ressource für eine gute Umsetzung des Kursplans [...] engagierte und fachlich kompetente Lehrerinnen und Lehrer“ (Wolling/Berger 2018) sind. Mit anderen Worten: **Die Querschnittsidee funktioniert nur dort gut, wo sich engagierte Lehrkräfte des Themas annehmen. Weil dies im Querschnittskonzept eben nicht abgesichert werden kann, besteht die Forderung der Evaluation darin, ein eigenes Fach einzuführen.**

Diese Einsicht zieht das Bildungsministerium heran, um das neue, starke Fach Medienkunde/Informatik einzuführen (so auch noch einmal ausgeführt auf der Informationsveranstaltung am ThILLM am 28.06.2023). **Gleichzeitig soll diese Einsicht aber nicht für politische Bildung gelten, dessen Fachlichkeit im Pflichtbereich nahezu vollständig geschleift wird.** Politische Bildung wird mit diesen Plänen in Thüringen dem Zufall überlassen.

- **Politische Bildung ohne Profession geht nicht!** Selbst wenn sich engagierte Lehrerinnen und Lehrer finden, ist damit noch nicht die fachliche Kompetenz garantiert. Politische Bildung ist eine professionalisierte Disziplin. **Die Sozialkunde-Studierenden durchlaufen ein spezialisiertes Lehramtsstudium zu soziologischen, wirtschaftswissenschaftlichen, politikwissenschaftlichen und politikdidaktischen Fragestellungen und setzen sich intensiv mit den Standards politischer Bildung auseinander.** Dies ist notwendig, da politische Bildung aus professionstheoretischer Sicht überaus anspruchsvoll ist, weil dabei nicht nur fachliche Kompetenzen angestrebt, sondern Weltsichten und Identitäten der Schülerschaft verhandelt werden.

Was statt einer Stärkung politischer Bildung zu erwarten ist – Überschreitung des Kippunktes in Richtung Bedeutungslosigkeit

Sollten die Pläne in die Tat umgesetzt werden, hätte dies auf unterschiedlichen Ebenen folgenreiche Konsequenzen, die auf die **faktische Bedeutungslosigkeit des Kernfaches politischer Bildung und darüber hinaus auf eine nachhaltige Schwächung der politischen Bildung an Thüringer Schulen** hinausliefen. Ein Kippunkt mit zahlreichen Folgeeffekten wäre überschritten.

- **Politisch-demokratische Grundbildung wird verunmöglicht:** Eine Folge der Kürzungen wäre die Notwendigkeit, ein Curriculum politischer Bildung für ein einziges Schuljahr zu entwerfen. Damit kann die von den Fachverbänden empfohlene Grundbildung in diesem Bereich nicht abgedeckt werden (z.B. GPJE 2004). Bestimmte Themen müssten ausgelassen werden, was neben klassischen politikwissenschaftlichen Themen (wie beispielsweise kommunale Politik, Europa und internationale Beziehungen) auch die soziologischen Themen betreffen könnte, die ausschließlich im Sozialkundeunterricht verankert sind. Didaktisch-methodisch würde sich ein solcher Rumpfunterricht sehr wahrscheinlich von den etablierten Standards eines aktivierenden und urteilsorientierten Politikunterrichts verabschieden und auf Formen direkter Instruktion zurückgreifen müssen.

- **Soziologische Themen werden voraussichtlich ausgeklammert:** Sozialkunde ist ein Integrationsfach, das politische Fragestellungen mit soziologischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Perspektiven verbindet. Sozialkundelehrkräfte absolvieren in ihrem Studium auch soziologische und wirtschaftswissenschaftliche Studienanteile. Im Unterricht werden momentan auch soziologische Themen wie beispielsweise soziale Ungleichheit behandelt. Die geplante Kürzung würde nicht nur eine politische Grundbildung unmöglich machen, sondern auch die spärlichen, aber noch vorhandenen soziologischen und wirtschaftlichen Themen gefährden. Benötigt wird umgekehrt aber gerade eine Ausweitung dieser Anteile am Curriculum, um mit den Schülerinnen und Schülern über eine sich rasant wandelnde Gesellschaft und politische Konsequenzen sprechen zu können. An den Thüringer Gymnasien würde die Integrationsidee des Faches unterlaufen werden und ein zentraler Aspekt der Allgemeinbildung ins Hintertreffen geraten.
- **Behinderung politischer Lehr- und Lernprozesse:** Politische Bildung im Sozialkundeunterricht ist aus professionstheoretischer Sicht ein sehr komplexes Vorhaben. In einem Unterricht, in dem Schülerinnen und Schülern nicht nur Wissen vermittelt wird, sondern auch die Diskussion von Weltansichten und politischen Urteilen im Mittelpunkt steht, ist ein stimmiges pädagogisches Verhältnis von Lernenden und Lehrkräften eine essenzielle Gelingensbedingung. Nur dort, wo ein professionelles Arbeitsbündnis und ein grundlegendes gegenseitiges Vertrauen zwischen Lehrkräften und Schülern etabliert werden können, ist zu erwarten, dass Schülerinnen und Schüler ihre politischen Urteile und politischen Identitäten in den öffentlichen Raum der Schulklasse stellen und mit dem Ziel mündiger Urteilsbildung kritisch diskutieren. Die dafür notwendige pädagogische Beziehung ist jedoch in einer Unterrichtsstunde pro Woche nicht aufzubauen.
- **Keine politische Bildung in der formativen Phase politischer Identitätsbildung und erster politischer Verantwortungsübernahme (Wahlrecht):** Sowohl an den nichtgymnasialen Schulformen wie auch am Gymnasium soll genau im Alter von 15 und 16 Jahren (in der 10. Klasse) keine obligatorische politische Bildung stattfinden. In dieser Zeit bildet sich die politische Identität heraus und Jugendliche experimentieren mit (unterschiedlichen) politischen Orientierungen. Der Sozialkundeunterricht bietet in Thüringen nach den Plänen der Landesregierung kein Feld mehr, politische Sichtweise und Urteile zu artikulieren und einer diskursiven Bewährungsprobe unter Gleichaltrigen zu unterziehen. Diese Vorenthaltung politischer Bildung erfolgt just in einem Lebensalter, in dem sich die Schülerinnen und Schüler mit 16 erstmals an Kommunal- und Europawahlen beteiligen sollen. Dieser Widerspruch ist nicht vermittelbar.
- **Kein sicherer Anschluss an politische Bildung im dualen System:** In der Berufsausbildung des dualen Systems ist politische Bildung ein obligatorisches Unterrichtsfach. Durch die Wahloptionen in der 10. Klasse an gymnasialen und nicht-gymnasialen Schulformen sowie die damit bestehende Abwahlmöglichkeit entstehen für zahlreiche Schülerinnen und Schüler, die eine Berufsausbildung an die Sekundarstufe I anschließen, Lücken und Brüche in ihrer Lernbiografie.
- **Nachhaltiger Reputationsverlust politischer Bildung:** Fachliches Lernen ist ein zentrales Strukturmerkmal des deutschen Schulsystems. Der Stellenwert und die Bedeutung eines fachlichen Gegenstandes hängen in einem solchen System davon ab, wie viele zeitliche

Ressourcen diesem durch die Bildungspolitik zugewiesen werden. Bildungspolitik gibt durch die Studententafel für die Schülerschaft, Elternschaft und auch Lehrerschaft wichtige Hinweise dafür, für wie bedeutsam eine Kompetenzausprägung in diesem Fach gehalten wird. Mit der geplanten Reduzierung des Sozialkundeunterrichts würde deshalb eine hochgradig problematische Botschaft ausgesendet werden, die der Bedeutung des Faches für die Erreichung der Ziele des Schulgesetzes, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Selbstorganisation der Gesellschaft, in keiner Weise entspricht. Politische Bildung hätte den Stellenwert eines Orchideenfachs.

- **Erschwerte Konstituierung von Fachgruppen:** Bereits im jetzigen Zustand des Faches fällt es insbesondere kleineren Schulen schwer, funktionierende Fachgruppen in Sozialkunde zu bilden. Kleinstfächer brauchen wenige Lehrerinnen und Lehrer, womit auch der professionelle Austausch zwischen den Kolleginnen und Kollegen erschwert oder verunmöglicht wird. Die Sichtbarkeit der politischen Bildung und damit die Prägekraft der politischen Bildung für die Profilbildung der Schule würde erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden.
- **Belastung der Fachlehrkräfte und Studienreferendare:** Sozialkundelehrkräfte hätten noch mehr Klassen zu unterrichten, was eine erhebliche Mehrbelastung darstellt, weil sich die Aufmerksamkeit auf mehr Individuen richten muss, mehr Noten erteilt, mehr Konflikte bearbeitet werden müssen etc. Kleinstfächer werfen zudem die Frage auf, wie der Stundeneinsatz der Fachlehrkräfte organisiert werden kann. Sofern Sozialkunde-Lehrkräfte, was zu befürchten ist, dann als Springer zwischen den Schulen eingesetzt werden, ist – abgesehen von einer weiteren Belastung der Lehrkräfte – mit einem zusätzlichen Bedeutungsverlust des Faches an Schulen zu rechnen, weil die Lehrkräfte dann kaum noch als profilgebende Personen an einer Schule wirken können.
- **Schwächung des Sozialkundestudiums und des Lehrkräftenachwuchses in Thüringen:** Es ist offensichtlich, dass ein auf diese Weise marginalisiertes Fach keine Lehramtsstudierenden nach Thüringen ziehen wird. Junge Menschen, die Sozialkundelehrer oder -lehrerin werden wollen, würden sich sehr wahrscheinlich von Anfang an benachbarten Bundesländern zuwenden, die besser aufgestellt sind, insbesondere Sachsen, das in der Lehrerbildung wie in der Schule massiv in die politische Bildung investiert. In Thüringen kann Sozialkunde aktuell nicht mehr mit einem Hauptfach kombiniert werden. Sofern sich junge Sozialkundelehrerinnen und -lehrer entscheiden, das Bundesland zu verlassen, um politische Bildung unter besseren Bedingungen unterrichten zu können, geht mit ihnen immer auch ein Hauptfach.

50-Prozent-Kürzung verhindern – Für Sozialkunde als starkes Kernfach politischer Bildung an allen Schulformen

Die DVPB Thüringen wendet sich aus den vorgenannten Gründen entschieden gegen die Kürzungspläne der Landesregierung. **Der Thüringer Sonderweg in der politischen Bildung muss beendet werden. Wir fordern das Bildungsministerium auf, die radikalen Kürzungspläne am Gymnasium zu stoppen und eine kontinuierliche Beschulung in Sozialkunde über die Schullaufbahn hinweg zu sichern. Wir erneuern unsere Forderungen einer auskömmlichen Ausstattung des Fachs Sozialkunde an weiterführenden allen Schulformen:**

Regelschule, TGS und Gesamtschulen, Gymnasien

Klassenstufe	5	6	7	8	9	10
Wochenstunden Sozialkunde	2	2	2	2	2	2

Darüber hinaus steht die DVPB Thüringen den Verantwortungsträger/innen in der Politik sowie den Vertreter/innen der Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenbereiches zu Gesprächen über innovative Wege bereit, die ein fundiertes fachliches und fächerverbindendes Lernen in der politischen Bildung ermöglichen.

Jena, 01.09.2023

Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB) – Thüringen

Anselm Cypionka, Erster Vorsitzender

[Unterschrift]

Unterstützende und mitzeichnende Organisationen (alphabetisch)

Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS)

Prof. Dr. Jörg Strübing, stellvertretender Vorsitzender

[Unterschrift]

Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB) – Bundesverband

Prof. Dr. Alexander Wohnig, Erster Vorsitzender

[Unterschrift]

Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)

Prof. Dr. Diana Panke, Vorsitzende

[Unterschrift]

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende

[Unterschrift]

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW)

Eric Wrase, pädagogischer Leiter

[Unterschrift]

Evangelische Akademie Thüringen (EAT)

Dr. Annika Schreiter, Studienleiterin für politische Jugendbildung
stellvertretende Akademiedirektorin

[Unterschrift]

Fachschaftsrat Politikwissenschaft und Sozialkunde der Universität Jena

Anton Gries (Vorsitzender) und Lukas Schulze

[Unterschrift]

[Unterschrift]

Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE)

Prof. Dr. Marc Partetzke, Sprecher

[Unterschrift]

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – Thüringen

Kathrin Vitzthum, Landesvorsitzende

[Unterschrift]

Lehramtsreferat der Universität Jena

Anne Kaufmann und Julian Merklingshaus, Referatsleitung

[Unterschrift]

[Unterschrift]

Netzwerk Demokratiebildung in Thüringen

Frederik Damerau und Eric Wrasse, Sprecher

[Unterschrift]

[Unterschrift]

thüringer lehrerverband tlV

Frank Fritze, Landesvorsitzender (komm.)

[Unterschrift]

Thüringer Philologenverband (TPhV)

Heike Schimke, Landesvorsitzende

[Unterschrift]

Literatur

Best, Volker/Decker, Frank/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Bonn.

Böckenförde, E.-W. (2007, zuerst 1967): Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert. München: Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung.

Brunkhorst, Hauke (1997) Solidarität unter Fremden. Fischer: Frankfurt/M.

Campbell, D. E. (2019): What Social Scientists Have Learned About Civic Education: A Review of the Literature. In: Peabody Journal of Education. Jg. 94, Heft 1, S. 32-47.

Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2018): Ranking Politische Bildung 2017. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. Bielefeld.

Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2019): Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. Bielefeld.

Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2020): 3. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich 2019. Bielefeld.

Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold/Hagedorn, Udo (2021): 4. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung in der Sekundarstufe I und in der Berufsschule im Bundesländervergleich 2020. Bielefeld.

Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold/Hagedorn, Udo (2022): 5. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung im Bundesländervergleich. Bielefeld.

GPJE (2004): Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen). Schwalbach/Ts.

Helmke, Andreas (2015): Unterrichtsqualität und Lehrerprofessionalität. Diagnose, Evaluation und Verbesserung des Unterrichts. Seelze-Velber.

Mandel, Philipp/Süssmuth, Bernd (2011): Total Instructional Time Exposure and Student Achievement: An Extreme Bounds Analysis Based on German State-Level Variation. In: CESifo Working Paper Series 3580.

Reinhardt, Sibylle (2009): Schulleben und Unterricht – nur der Zusammenhang bildet politisch und demokratisch. In: ZfPäd, Jg. 55, Heft 6, S. 860-871.

Reiser, Marion/Küppers, Anne/Brandy, Volker/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars (2023): Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen Monitors 2022. Jena.

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (2021): Thüringer Schulgesetz (Thür-SchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003 zuletzt geändert am 5. Mai 2021 nichtamtliche Lesefassung in der Gültigkeit ab 1. August 2021. Erfurt.

Wolling, Jens/Berger, Priscila (2018): Die Vermittlung von Medienkompetenz in allgemeinbildenden Schulen: Zentrale Ergebnisse eines Evaluationsprojekts. Ilmenau: Ilmenau Universitätsverlag.